

Ini4**Finn Callieri, Kerstin Spriesterbach, Benjamin Trunsch****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****AfD rechtlich und politisch bekämpfen**

- 1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-
- 2 schließen
- 3 Die Landesdelegiertenversammlung möge
- 4 beschließen
- 5 Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-
- 6 glieder des Deutschen Bundestags aus Berlin
- 7 auf
- 8 • den von Marco Wanderwitz MdB vorge-
- 9 legten Antrag im Deutschen Bundestag zur Einleitung eines Verfahrens
- 10 zur Feststellung der Verfassungswidrig-
- 11 keit der "Alternative für Deutschland"
- 12 zu unterstützen und umfassend um
- 13 Unterstützung weiterer Mitglieder der
- 14 SPD-Bundestagsfraktion sowie Mitglieder
- 15 der anderer demokratischen Fraktionen
- 16 zu werben
- 17
- 18 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion
- 19 des Abgeordnetenhauses zu Berlin, die sozi-
- 20 aldemokratischen Mitglieder des Berliner Se-
- 21 nats sowie die sozialdemokratischen Mitglie-
- 22 der des Deutschen Bundestags aus Berlin auf
- 23 • sich dafür einzusetzen, dass trotz angespannter Lage der Haushalte in Land
- 24 und Bund die Mittel für den Kampf gegen Rechtstextremismus und seine Aus-
- 25 prägungen wie Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Queerfeind-
- 26 lichkeit, Behindertenfeindlichkeit, Sexismus oder andere Ideologien der Un-
- 27 gleichwertigkeit nicht gekürzt werden
- 28
- 29 • sich dafür einzusetzen, dass der Kampf
- 30 gegen Rechtsextremismus und seine
- 31 Ausprägungen wie Rassismus,
- 32 Antisemitismus, Islamfeindlichkeit,
- 33 Queerfeindlichkeit, Behinderten-
- 34 feindlichkeit, Sexismus und andere
- 35 Ideologien der Ungleichwertigkeit in
- 36 Berlin und in Deutschland intensiviert
- 37
- 38
- 39

**Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)**

40 wird
41 • sich dafür einzusetzen, dass dies mehr-
42 dimensional geschieht - angefangen
43 bei einer Erhöhung finanzieller und
44 personeller Kapazitäten von Strafver-
45 folgungsbehörden, über umfassendere
46 Schutz und Unterstützung zivil-
47 gesellschaftlicher Akteur*innen bis hin
48 zur Ausweitung von Bildungsarbeit an
49 Schulen und Universitäten

50
51

52 **Begründung**

53 Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – unsere De-
54 mokratie ist bereits ernsthaft in Gefahr. Die
55 AfD zeigt zunehmend offen, dass sie demo-
56 kratische Grundwerte ablehnt und die Gesell-
57 schaft spalten will. Einst als EU-kritische Par-
58 tei gegründet, hat sie sich in kürzester Zeit ra-
59 dikalisiert und zeigt inzwischen verfassungs-
60 feindliche Tendenzen. Das Verbot der Strö-
61 mung „Der Flügel“ konnte die Partei nicht da-
62 von abhalten, extremistische Positionen wei-
63 ter zu festigen und die demokratische Ord-
64 nung infrage zu stellen. Angesichts dieser Ge-
65 fahr ist jetzt der richtige Zeitpunkt ein AfD-
66 Verbotsverfahren einzuleiten und im Rahmen
67 eines solchen Vorstoßes die politischen Kräf-
68 te im Kampf gegen die AfD zu bündeln.

69 Die AfD untergräbt das Vertrauen der Bür-
70 ger*innen in demokratische Prozesse und In-
71 stitutionen. Jüngste Vorfälle in Thüringen, bei
72 denen sie versuchte, Wahlergebnisse zu dele-
73 gitimieren, verdeutlichen, wie gezielt sie die
74 Grundlagen der Demokratie angreift. Doch
75 ihre Angriffe beschränken sich nicht auf de-
76 mokratische Institutionen: Die Partei bedient
77 sich rassistischer, queerfeindlicher und ab-
78 leistischer Narrative, um Minderheiten sys-
79 tematisch zu diffamieren. Die Rechte von
80 LGBTQ+-Personen und Menschen mit Behin-
81 derungen werden von der AfD infrage ge-
82 stellt, was ein Klima fördert, in dem Dis-
83 kriminierung und Gewalt gegen diese Grup-
84 pen zunehmend akzeptiert erscheinen. Eben-
85 so setzt sich die AfD offen für frauenfeind-

86 liche Maßnahmen ein und fordert beispiels-
87 weise Abtreibungsverbote, um Frauen auf ei-
88 ne Rolle als „Gebärmaschinen“ zu reduzieren.
89 Diese Positionen zielen darauf ab, Errungen-
90 schaften der Gleichberechtigung und Selbst-
91 bestimmung massiv einzuschränken und die
92 Gesellschaft zu spalten.

93 Eine weitere große Bedrohung stellt die fi-
94 nanzielle Unterstützung dar, die die AfD
95 aus dem Ausland erhält, oft von autokrati-
96 schen Staaten, die daran interessiert sind, die
97 Demokratie in Deutschland und Europa zu
98 schwächen. Durch intransparente Spenden-
99 ströme erhält die Partei Gelder, die ihre extre-
100 mistische Agenda befördern und die Verbrei-
101 tung antidemokratischer Propaganda zur De-
102 stabilisierung der deutschen Gesellschaft för-
103 dern. Darüber hinaus ist die AfD eng mit an-
104 deren rechtsextremen Bewegungen in Euro-
105 pa und der Welt vernetzt, die eine Vereinnah-
106 mung liberaler Demokratien durch antidemo-
107 kratische Politiker*innen zum Ziel haben.

108 Angesichts der zunehmenden Verfassungs-
109 feindlichkeit und des Einflusses autokrati-
110 scher Kräfte bedroht die AfD nicht nur die
111 demokratische Ordnung, sondern auch den
112 gesellschaftlichen Zusammenhalt und die
113 Grundrechte aller Menschen in Deutschland.
114 Nicht zuletzt hat die AfD maßgeblich zur Ver-
115 rohung des politischen Diskurses beigetra-
116 gen. Ihre aggressive und hasserfüllte Rhe-
117 torik zielt darauf ab, Andersdenkende ein-
118 zuschüchtern und ein Klima der Angst zu
119 schaffen, das die Meinungsfreiheit unter-
120 gräbt. Menschen, die sich für Gleichberechti-
121 gung und Menschenrechte einsetzen, werden
122 öffentlich diskreditiert und eingeschüchtert.
123 Dieses Verhalten polarisiert die Gesellschaft
124 weiter und erschwert es, eine demokratische,
125 respektvolle Debatte zu führen.

126 Derzeit wird die Radikalisierung der AfD-
127 Anhängerschaft maßgeblich durch das
128 Spitzenpersonal der Partei und rechtsextre-
129 me Vorfeldorganisationen vorangetrieben,
130 die sich rund um die Partei sammeln. Im
131 Falle eines Verbotsverfahrens müssten sich

132 AfD-Politiker*innen sowohl in ihren Äuße-
133 rungen mäßigen, als auch eine Distanzierung
134 zu rechtsextremen Vorfeldorganisationen
135 der Neuen Rechten beweisen, um nicht zum
136 Erfolg des Verfahrens beizutragen. Einer
137 Radikalisierung durch verstärkte Selbst-
138 viktimisierung stünde so eine mögliche
139 Verlangsamung der fortschreitenden Extre-
140 misierung von Parteipositionen entgegen
141 und das Verfahren hätte das Potenzial, einen
142 Keil zwischen Partei und Vorfeld zu treiben.

143 In Deutschland nehmen rechtsextreme An-
144 griffe zu, und die AfD agiert als Brücke zwi-
145 schen radikalen Netzwerken und dem öf-
146 fentlichen Diskurs. Es geht bei einem AfD-
147 Verbotsverfahren nicht um den Ausschluss
148 von Kritiker*innen des gegenwärtigen poli-
149 tischen Systems und der Parteiendemokra-
150 tie aus der Politik. Es geht um das Ver-
151 bot einer Institution, die als Dreh- und An-
152 gelpunkt rechtsextremer Kräfte in Deutsch-
153 land fungiert, ihr Erstarken in heutiger Form
154 erst möglich macht und, die von rechts-
155 extremen Netzwerken genutzt wird, um sich
156 in der Gesellschaft zu verankern. Aus AfD-
157 Parlamentsbüros heraus organisiert sich eine
158 faschistisch-neurechte Zivilgesellschaft, die
159 wiederum durch die AfD in die Parlamente
160 hineinwirken kann (und hoffentlich nie in ei-
161 ne Regierung). Zynischerweise mitfinanziert
162 von uns allen.

163 Die AfD zu verbieten, ohne eine politische Re-
164 integration (zumindest eines Teils) ihrer Wäh-
165 lerschaft in das Spektrum demokratischer
166 Parteien zu versuchen, würde zurecht demo-
167 kراتische Bedenken wecken. Hier sehen wir
168 uns als Sozialdemokrat*innen auch selbst in
169 der Pflicht, politische Lösungen anzubieten.
170 Faschisten auch rechtlich den institutionellen
171 und finanziellen Boden ihrer Agitation zu ent-
172 ziehen, ist jedoch gleichzeitig eine demokra-
173 tische Notwendigkeit und unsere historisch
174 ererbte Pflicht.